eine private Meinungsäußerung bezeichnet, wofür die Unabhängigen keine Verantwortung übernehmen könnten. Selbstverständlich protestieren auch die Unabhängigen gegen das Pariser Diktat, erklären aber, daß ein Angriff gegen die Interessen des deutschen Volkes nicht mit einem Angriff gegen den deutschen Kapitalismus identifiziert werden dürfe, der mit schuldig an an der jetzigen Not sei. Die Unabhängigen verwerfen die Einheitsfront und kennen nur eine Einheit gegen die internationalen Ausbeuter. Im Namen der Mehrheitssozialisten erklärte Müller (Soz.), daß seine Fraktion ebenfalls das Pariser Diktat ablehne und darauf vertraue, daß die sieghafte Kraft des sozialistischen Gedankens eine Besserung herbeiführen werde. Die Kommunisten hätten kein Recht im Namen der deutschen Arbeiterschaft zu sprechen, besonders nach den letzten Wahlen. (Lebhafte Entrüstungsrufe bei den Unabhängigen.) Nach diesen Erklärungen trat die Kammer in die Tagesordnung ein.

Kleine politische Meldungen.

Polen fordert die Einverleibung Danzigs. In einer Unterredung des Danziger Korrespondenten der Voss. Ztg. äußerte sich der polnische Präsident der Danzig-Polnischen Wirtschaftsverhandlungen im Rahmen der Danzig-Polnischen Konvention, Minister Plucinski, dahin, daß Polen die sofortige Einverleibung Danzigs in die polnische Republik fördern müsse. Das Verhältnis Danzigs zu Polen müsse sich ähnlich gestalten, wie das Verhältnis der deutschen Bundesstaaten zum Reiche.

Ein weiteres Entente-Ultimatum an Oesterreich. Wie verlautet, wird zu dem Ultimatum wegen Auslieferung des gesamten Kriegsmaterials noch ein weiteres Ultimatum der Entente der österreichischen Regierung überreicht werden, das die Auslieferung der im Friedensvertrag geforderten Milchkühe verlangt. Bei den Anstrengungen, die gemacht worden sind, um die hungernden Kinder Wiens mit Milch zu versorgen, muß diese Note allgemeines Erstaunen erwecken.

Ein Bündnis zwischen Frankreich, Tschechien, Polen und Rumänien. Wie der Tägl. Rdsch. aus Wien gemeldet wird, ist in Paris kürzlich ein Offensiv- und Defensivbündnis zwischen Frankreich, Tschechien, Polen und Rumänien abgeschlossen worden, worauf der tschechische Außenminister Benesch das Großkreuz und der tschechische Dichtergeneral Machar das Offizierkreuz der Ehrenlegion erhielt.

Zur Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten. Der Pariser Temps meldet aus Madrid: Als Attentäter wurden drei Kommunisten verhaftet, darunter ein Russe. Der ermordete Ministerpräsident hatte vor der Senatssitzung das Dekret unterzeichnet, das mehrere hundert ausländische Kommunisten innerhalb vier Tagen aus Spanien entfernen sollte.

Stadtverordnetensitzung zu Aue.

w. Zwölf Beratungspunkte enthielt die Tagesordnung für die gestrige Stadtverordnetensitzung, sie war also ziemlich umfangreich. Dennoch hätte sie schnell erledigt werden können, wenn nicht eine lange Schulordnung zu beraten gewesen wäre, was lange Zeit in Anspruch nahm. Auch zu größeren Aussprachen, wie sie die letzten Sitzungen gebracht hatten, kam es so gut wie nicht, eigentlich war es nur ein Meinungsaustausch technischer Natur, der sich etwas in die Länge zog. So verliefen die Verhandlungen fast durchweg ruhig und in glatter Weise.

Zugegen waren 17 Mitglieder des Stadtverordneten- und acht des Ratskollegiums, die Leitung der Verhandlungen lag in den Händen des ersten Stv.-Vorst. Frey. Nachdem von zwei Einladungen zu Schul-Entlassungsfeiern Kenntnis genommen worden war, wurde die in der üblichen Weise geprüfte Stadtkassenrechnung für 1917, gegen die Einwendungen nicht zu erheben gewesen waren, richtig gesprochen. Dem Gesuche des Gemeindevorstandes in Hammerbrücke um einen Unterstützungsbeitrag für drei Familien, die bei einem Brande um ihr gesamtes Habe gekommen sind, wurde mit der Bewilligung von 200 Mark entsprochen und für die Wahlkartothek wurden Mehrkosten in Höhe von 1545 Mark nachbewilligt, die dadurch entstanden sind, daß, anstatt, wie zu erst vorgesehen war, 30 000 Wählerkarten deren 40 000 bestellt werden mußten. Einverstanden erklärte sich das Kollegium ferner mit der Errichtung einer neuen nichtständigen Lehrerstelle an der Handelsschule, deren Notwendigkeit ausführlich begründet worden war, desgleichen mit der Neufestsetzung des Schulgeldes für den Besuch der höheren Handelsschule. Es wurde von 300 Mark auf 400 Mark jährlich erhöht, und gleichzeitig die Abzugsgebühren von 10 Mark auf 20 Mark. Sodann erfolgte die — bereits eingangs erwähnte — paragraphenweise Beratung der Satzungen und Schulordnung der Gewerbeschule. Mit einigen aus einem Gutachten des Ministeriums sich ergebenden Abänderungen wurden sie angenommen. Ebenfalls Annahme fand das Ortsgesetz über Erhebung einer Gewerbesteuer, die kürzlich beschlossen worden war. Auch hierbei wurden in einigen Abänderungen Einwendungen des Finanzamtes berücksichtigt, ferner wurde, wie die Kreishauptmannschaft nahegelegt hatte, beschlossen, die sogenannten freien Berufe gewerbesteuerfrei zu belassen, weil sie sonst einer Doppelbesteuerung ausgesetzt sein würden. Mit Rücksicht darauf, daß die letzthin beschlossene Erhöhung der Schlachthofgebühren noch nicht endgültig genehmigt ist und weil inzwischen die Materialienpreise und Löhne von neuem gestiegen sind, wurden die Markt-, Schlacht- und Einganasgebühren neuerdings erhöht, gestützt auf eine jüngst im Verordnungsblatte veröffentlichte Anregung. Einer Anregung des Bau- und Wasseramtes in Schwarzenberg folgend, soll die Bahnhofstraße von der Brücke am Gasthaus Muldental bis zum Bahnhofe bei gleichzeitiger Verbreiterung der Fahrbahn mit Kleinpflasterung versehen werden. Auf die Stadt entfallen von den Kosten 60 000 Mark, die übernommen wurden unter der Bedingung, daß gleichzeitig auch der Fußweg über dem alten Betriebsgrabeen vorgerichtet wird.

Nunmehr entspann sich die erwähnte Aussprache technischer Art bei der vom Rate geforderten Bewilligung eines Berechnungsgeldes für die Vorarbeiten zur Aufstellung eines Dieselmotors im Schlachthofe. Zur Zeit wird zum Antrieb der Kühlmaschinen ein Wechselstrom-Motor verwendet; damit bei eventuellen Streiks usw. nun kein Stillstand im Betriebe eintritt, besteht die Absicht, mit Hilfe eines Dieselmotors selbst Strom zu erzeugen und somit unabhängig von einem Elektrizitätswerk zu arbeiten. Für die zu erledigenden Vorarbeiten, bei denen Fachschuldirektor Jacobi als sachverständiger Beirat hinzugezogen werden soll, wurde ein Berechnungsgeld von 8000 Mark angefordert. Die Bewilligung dieses Berechnungsgeldes wurde schließlich gegen vier bürgerliche Stimmen abgelehnt. Für die Verlängerung der Gasleitung in der Schwarzenberger Straße vom Bechergut bis zum letzten Hause — 110 laufende Meter — wurden die Kosten von 7075 Mark bewilligt; die Arbeiten sollen auf dem Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge geleistet werden. Schließlich wurde ein Pachtvertrag mit dem Besitzer des Brünnlaßgutes gutgeheißen, demzufolge die Stadt von diesem den Alemannia-Sportplatz pachtet gegen einen jährlichen Pachtzins von 600 Mark. Außerhalb der Tagesordnung wurde noch die Verpfleggeld-Entschädigung im Krankenhause neu gerepelt. Nachdem vor kurzem die Verpflegsätze um 4 bis 5 Mark für den Tag und Kopf erhöht worden waren, wurde nunmehr auch eine entsprechende Erhöhung der Verpfleggeld-Entschädigung vorgenommen, und zwar vorläufig auf die Dauer eines Vierteljahres. Damit war die Sitzung nach einer 2½-stündigen Dauer beendet.

Von Stadt und Land.

Aue, 11. März 1921.

Neue Niederlage der sächsischen Regierung. Die sächsische Regierung hat bekanntlich auf Wunsch der sozialistischen Parteien einen Gesetzentwurf im Landtage eingebracht, der die sächsischen Beamten in der Frage der Kinderzulagen wesentlich schlechter als die Reichsbeamten stellt. Dieser Regierungsentwurf wurde im Ausschuß von den sozialistischen Parteien mit Hilfe der Kommunisten angenommen, während die bürgerlichen Parteien einen Minderheitsantrag zur Abänderung der Regierungsvorlage einbrachten. In der gestrigen Landtagssitzung nun, in der alle 47 bürgerlichen Abgeordneten anwesend waren, wurde der bürgerliche Antrag mit 47 Stimmen gegen 44 Stimmen der Regierungsparteien angenommen, so daß die sächsischen Beamten nunmehr genau wie die Reichsbeamten Kinderzulagen bis zum 21. Jahre, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1920 ab erhalten. Wie sich die sozialistisch-unabhängige Regierung, die sich auch hier wieder als eine Klassenregierung erwies, mit dieser neuen Niederlage in einer so stark umkämpften Frage abfinden wird, steht dahin. Darüber freilich, daß auf die Dauer in dieser Weise nicht weiterregiert werden kann, ist man sich allmählich bis weit in die sozialistischen Kreise hinein klar geworden.

Steuerabzug bei Heimarbeiterinnen. Vom Finanzamt Aue wird uns geschrieben: Häufig haben Heimarbeiterinnen (z. B. Näherinnen, Schneiderinnen und Stickerinnen), die seit langen Jahren für Geschäfte tätig waren, die Arbeit eingestellt und sind für Privatkundschaft tätig geworden, weil ihnen dort der zehnprozentige Steuerabzug nicht gekürzt wurde. Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen ist eine verschiedene Behandlung der Heimarbeiterinnen nicht angängig. Sie unterliegen vielmehr den Bestimmungen über den Lohnabzug auch dann, wenn sie nicht für Geschäfte, sondern für private Kunden gegen Lohn tätig werden. Insbesondere werden von dem Lohnabzuge auch alle nicht ständig beschäftigten Heimarbeiterinnen betroffen. Soweit die Beschäftigung der genannten Personen in der Häuslichkeit des Arbeitgebers erfolgt und neben dem Barlohn freie Verpflegung gewährt wird, ist bei der Bemessung des einzubehaltenden Betrags auch der Wert dieser Verpflegung mit den amtlich hierfür festgesetzten Sätzen zu berücksichtigen. Arbeitgeber machen sich daher der Steuerhinterziehung schuldig, wenn sie den von ihnen als Heimarbeiterinnen oder in ihrer Häuslichkeit beschäftigten Personen bei der Auszahlung des Arbeitslohns nicht die Steuerkarte abfordern, und die Steuermarken in die Steuerkarte einkleben. Auch können sie für den Steuerabzug der dem Reiche durch die Unterlassung des Steuerabzugs entgeht, haftbar gemacht werden.

Trennung von Kirchen- und Schuldienst. Dem sächsischen Landtag ist nunmehr der Gesetzentwurf über die Trennung von Kirchen- und Schuldienst der Volksschullehrer zugegangen. Die wichtigsten Bestimmungen sind: Mit der Schulstelle darf kein Kirchendienst verbunden sein. Mit Genehmigung des Bezirksausschusses ist es den Lehrern gestattet, kirchenmusikalischen Dienst im Nebenamte auszuüben. Die Genehmigung kann versagt werden, wenn die Amtsverwaltung darunter leidet. Das Gesetz tritt mit dem 1. Juli in Kraft.

Arbeits-Jubiläum. Auf eine 25jährige ununterbrochene Tätigkeit bei der Firma Schorler & Steubler kann heute der in Zschorlau wohnhafte Schlosser Ernst Hermann Döhnel, zurückblicken. Dem Jubilar wurde von seinen Arbeitgebern unter beglückwünschenden Worten eine Urkunde unter Glas und Rahmen, sowie ein Sparkassenbuch mit entsprechender Einlage überreicht. Außerdem übermittelten Glückwünsche und Geschenke die Beamten und Mitarbeiter.

Der sächsische Gastwirtsverband hielt seine Kreisvertretertagung in Leipzig ab. Wie mitgeteilt wurde, hat sich das sächsische Ministerium bereit erklärt, bei dem Reichswirtschaftsministerium für Verlängerung der Polizeistunde einzutreten. Das Landeskohlenamt stehe auf dem Standpunkt, daß es hinsichtlich der Beleuchtung der gastwirtschaftlichen Betriebe nicht engherzig verfahren dürfe. Das Ministerium habe zugesagt, daß jedes Gnadengesuch von Gastwirten, die gegen die Verordnung betreffend die Zwangswirtschaft verstoßen hätten, einzeln geprüft werden würde, eine Amnestierung sei nicht zu erreichen gewesen. Eine Kommunalisierung des Gastwirtsgewerbes sei nicht ausgeschlossen. Der Verband habe bereits mit anderen Gewerbetreibenden Fühlung genommen, um gegen etwa geplante Kommunalisierungsbestrebungen Front zu machen.

Missionsvortrag. Dienstag, den 15. März abend um acht Uhr veranstaltet der Frauen-Verein einen Vortrags-Abend. Die Chemnitzer Stadtmissionarin Fräulein Weber wird über ihre Tätigkeit in der Inneren Mission sprechen und zugleich die trostlose Notlage der Inneren Mission in unserem Sachsenlande schildern, die dazu geführt hat, daß in den nächsten Wochen im ganzen Lande von Haus zu Haus das Missions-Notopfer eingesammelt werden soll. Alle Frauen und jungen Mädchen unserer Gemeinde seien auf diesen interessanten Vortrags-Abend hingewiesen und dazu herzlich eingeladen.

Postkarten, die das Höchstmaß überschreiten. Die amtlich ausgegebenen Postkarten sind 14 : 9 Zentimeter groß. Nichtamtlich ausgegebene Postkarten sind nach der Postordnung bis zur Größe von 15,7 : 10,7 Zentimeter zulässig. Diese Grenzen werden von der Geschäftswelt oft nicht beachtet. Zum eigenen Schaden, da die Post größere Karten als Briefe behandelt und demgemäß mit einer Ergänzungsgebühr belegt. Größere als die amtlichen Postkarten (14 : 9 Zentimeter) sind übrigens nur im inneren Verkehr Deutschlands, nicht im Verkehr mit dem Ausland zugelassen. Wer Postkarten herstellt oder versendet, möge vorstehende Warnung beherzigen.

Aus dem Parteileben.

Landesparteitag der Deutschen Demokratischen Partei Sachsens. Der Landesparteitag der Deutschen Demokratischen Partei Sachsens findet am 30. April und 1. Mai in Chemnitz statt.

Gauverband Erzgebirge des Alldeutschen Verbandes. Vor kurzem wurde in Chemnitz ein Gauverband Erzgebirge des Alldeutschen Verbandes gegründet. Er umfaßt das Gebiet zwischen den Gauverbänden Vogtland im Westen, Mulde-Saale im Norden, Elbe im Osten und der Reichsgrenze im Süden. In den neuen Gau wurden die bereits bestehenden Ortsgruppen Schönheide, Schneeberg, Aue, Waldheim, Mittweida, Annaberg, Limbach, Glauchau, Waldenburg, Oelsnitz, Meerane einbezirkt. Zur Gründung der Gaukasse soll zunächst für je 1 Mitglied 1 Mk. erhoben werden. Als Sitz wurde Chemnitz bestimmt. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender Oberpostsekretär Oertel, Chemnitz, 2. Vorsitzender Oberstleutnant a. D. Füßlein, Oelsnitz, 3. Vorsitzender Oberstudienrat Dr. Wunderlich, Aue. 1. Schriftführer Amtsgerichtsrat Paulus, Annaberg, 2. Schriftführer Oberamtsrichter Huth, Mittweida, 1. Kassenwart Kaufmann Fischer, Chemnitz, 2. Kassenwart Buchdruckereibesitzer Küstner, Waldenburg, und als Beisitzer sämtliche Vorsitzenden der übrigen Ortsgruppen.

Erste Sächsische Landwirtschaftliche Woche. Die Verhandlungen der 1. Sächsischen landwirtschaftlichen Woche wurden in Dresden fortgesetzt. Zunächst hielt Regierungsministerialrat Dr. Warmbold-Berlin einen Vortrag über Veränderung in der Betriebsgestaltung der deutschen Landwirtschaft, worin er ausführte, daß durch die Valutaveränderungen die Veränderung der Grundlage der landwirtschaftlichen Betriebe notwendig geworden sei, da mit dem Eintritt der freien Wirtschaft in gewissem Sinne eine Anpassung an die Preise des Auslandes sich erforderlich mache. Ferner hielt Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Gerlach-Frankfurt a. d. O. ein Referat über Düngerfragen unter besonderer Beziehung auf ihre Rentabilität, und als letzter Redner Prof. Dr. Hayduk-Berlin über die Bedeutung der landwirtschaftlichen Nebengewerbe. An der Hand eines großen Zahlenmaterials gab er eine Uebersicht über die Produktion an Kartoffeln, ihre Verwendung in Brennereien und Trocknungsanlagen und über die Rübenzuckererzeugung. Die Rübenzuckererzeugung habe einen Rückgang von 25 Millionen im Frieden auf 13 Millionen in der Kampagne 1918/19 bis auf 7 Millionen in der letzten Ernte erfahren.

Sport und Spiel.

m. **Fußballwettspiele.** Kommenden Sonntag nachm. 2 Uhr hat die 2. Elf Alemannias die gleiche Elf Olympia-Grünhain im Verbandsspiele zu Gaste. In Anbetracht der jetzigen guten Form der 2. Elf Alemannias ist ein interessanter Kampf zu erwarten. Die erste Elf Alemannias hat einen ihrer schwersten Verbandswettkämpfe auszutragen und zwar gegen Olympia-Grünhain in Grünhain. Dieses Treffen wird wohl das entscheidende für die Meisterschaft des Erzgebirg-Gaues sein. Sollte es Alemannia gelingen, dieses wichtige Treffen für sich entscheiden zu können, so käme diese als erster Meisterschaftsanwärter in Betracht, andernfalls es Grünhain gelingt, die Alemannia-Elf zu besiegen, so könnte Grünhain als sicherer Meister gelten. — Also Alemannia-Elf! Zeigt am Sonntag daß ihrs könnt! Einigkeit und Pflichtbewußtsein sei eure Parole in diesem Spiele! Zeigt, daß auch ihr einmal wieder eines Meistertitels wert seit. Bringt auch der Stadt Aue wieder einmal sportlichen Ruhm.

* * *

Hartenstein, 10. März.

Der Diebstahl in der Schloßkapelle. Wegen des Anfangs November in der Schloßkapelle in Hartenstein verübten Diebstahls, wobei ein vergoldetes Kruzifix im Werte von 6000 Mark und zwei Messingleuchter gestohlen wurden, ist jetzt ein 35 Jahre alter Möbelpolierer F. aus Oberplanitz gefänglich eingezogen worden, der die gestohlenen Gegenstände an einen anderen Arbeiter verkauft hatte. Sie wurden später beim Weiterverkaufe an der holländischen Grenze angehalten. Ob der Verhaftete der Dieb ist oder mit den Dieben in Verbindung gestanden hat, ist noch nicht festgestellt.

* * *

Falkenstein, 10. März. Zum Bombenattentat in Falkenstein. Nach den bisherigen Feststellungen ist es wahrscheinlich, daß fünf Radfahrer, die in der Nacht zum Sonntag durch Neumtengrün und Dorfstadt in Richtung Falkenstein gefahren sind und von den Bewohnern gesehen wurden, als Täter in Frage kommen. — Der geschäftsführende Ausschuß der Falkensteiner Ortsgruppe der Deutschdemokratischen Partei hat in seiner Sitzung vom 8. März beschlossen, dem Bürgermeister für seine mannhafte und tatkräftige Amtsführung während der letzten schweren Zeit Dank und Anerkennung auszusprechen und an die Regierung folgende Eingabe zu richten: Die hoffentlich auch der Regierung in ihrer ganzen Schwere und Wirkung bekannten Verbrechen der letzten schweren Zeit, deren grausiger Schauplatz wiederum unsere schwergeprüfte und darniederliegende Stadt Falkenstein wurde, zwingen uns, bei der sächsischen Regierung hierdurch nachdrücklich folgende drängende Forderung zu stellen: 1. Die Regierung bestimme Falkenstein zum Standort von mindestens einer Hundertschaft der Landespolizei. 2. Die Regierung verschaffe sich nun endlich einmal ein wirkliches Bild der trost- und schutzlosen hiesigen Lage durch Entsendung eines Beauftragten, der mehr Psychologe und Volkswirtschaftler als Parteimann sein muß. 3. Die Regierung erlasse eine unzweideutige Kundgebung des Inhalts, daß jedwede Amnestierung von Verbrecherelementen ausgeschlossen ist, die fortgesetzt durch Umtriebe und Anschläge das Vogtland in Aufregung erhalten und jeden Gesundungsprozeß, insbesondere wirtschaftlicher Art, unmöglich machen. 4. Die Regierung stelle ungesäumt finanzielle Mittel zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Vogtlandes, insbesondere Falkensteins, zur Verfügung.

Werdau, 10. März. Ein Liebesdrama, dem zwei junge Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich Dienstag abend in der hiesigen Pestalozzistraße. Ein 22 Jahre alter Fabrikarbeiter hat seine frühere Geliebte, ein 18jähriges Mädchen, das jedoch das Verhältnis gelöst hatte, erschossen und dann die Waffe gegen sich selbst gerichtet.

Wüstenbrand, 10. März. Ein schwerer Raubüberfall. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde auf der Straße von Wüstenbrand nach Pleißa ein in Rußdorf wohnender junger Mann, namens Kretschmar, der seine Braut nach Wüstenbrand begleitet hatte, auf dem Rückwege von drei Burschen überfallen, niedergeschlagen und seiner Barschaft und seines Ueberziehers beraubt. Die Täter sind unerkannt entkommen.